

# Wildbader Tagblatt

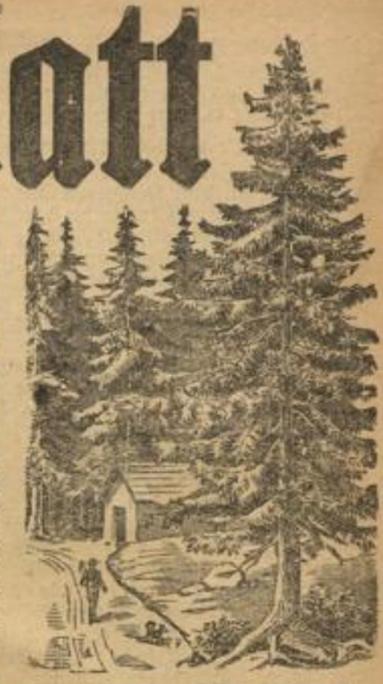
(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.  
Bezugspreis halbjährlich 65 Pfennig frei ins Haus  
geliefert; durch die Post bezogen im inderdeutschen  
Verkehr monatlich 1.50 M. : Einzelnummern 10 Pf.  
Direktions- u. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg  
Zweigst. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Romm.-Gef.  
Haberle & Co. Wildbad. : Postfachkonto Stuttgart. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren  
Raum im Bez. Grundpr. 12 Pfg., außerh. 15 einschl.  
Infl.-Steuer. Reklameweile 30 Pfg. : Rabatt nach Tarif.  
Für Offerten u. bei Auskunfterstellung werden jeweils  
10 Pfg. mehr berechnet. : Schluß der Anzeigennahme  
tägl. 8 Uhr vorm. : In Konkursfällen od. wenn gerichtl.  
Betreibung notw. wird, fällt jede Nachschlagewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gack in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221



Nummer 30

Februar 1925

Wildbad, Freitag, den 6. Februar 1925

Februar 179

60. Jahrgang

## Neue blau-weiß-rote Zollschranken

Dieser unglückselige 10. Januar 1925! Was er an Vorteil hätte bringen sollen, verjagte man uns: nämlich die Räumung der Kölner Zone. Was er an neuem Unheil uns zufügen soll, das brachte er uns: nämlich die Einverleibung des Saarlandes in das französische Zollgebiet. Das steht in dem nichtswürdigen Versailleser Diktat. § 31 der Anlage zu dem Abschnitt über das Saarland bestimmt: „Während eines Zeitraumes von 5 Jahren nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrags genießen die im Saarbezugsgebiet hergestellten und daher kommenden Erzeugnisse Einfuhrfreiheit in Deutschland. Während derselben Zeit ist die deutsche Einfuhr nach dem Saarbezugsgebiet für Erzeugnisse, die zum örtlichen Gebrauch bestimmt sind, von Zollabgaben befreit.“

Diese 5 Schonjahre sind abgelaufen. Die blau-weiß-rote Zollschranken werden über die deutsche Reichsgrenze vorgeschoben. Seit 10. Januar ist das Saarland Ausland. Es ist zollpolitisch französisch!

Die Deutsche Reichspost teilt deshalb mit, daß Pakete nach dem Saargebiet hinsichtlich der Zollbestimmungen wie nach Frankreich gerichtet behandelt werden. In den Zollinhaltsverklärungen müssen die Angaben über den Inhalt möglichst genau nach dem französischen Zolltarif gemacht werden. — Da haben wir's also. Es ist ein weiterer Schritt zur wirtschaftlichen Annexion des Saarlands, in der bestimmten Hoffnung, daß die politische nachfolgen wird.

Am liebsten hätten die Franzosen schon 1918 das Saargebiet eingekassiert, genau so, wie sie es mit Elsaß-Lothringen getan hatten. Und es hätte nicht viel gefehlt, so wären Wilson und Lloyd George damals auch auf den Leim getroffen. Clemenceau, der alte Tiger, hatte ihnen vorgelassen, der Präsident der Republik Poincaré habe eine Eingabe von nicht weniger als 150 000 Saarbewohnern erhalten, die um Aufnahme in den Schoß der Republik gebeten hätten. Natürlich war das Ganze ein aufgelegter Schwindel dicken Kalibers. Waren doch damals keine 100 wirklichen Franzosen oder französisch redenden Leute im Saargebiet. Aber bekanntlich wirkt eine Lüge, wenn sie recht lastig aufgetragen wird. Anfänglich wollten die beiden Spießgesellen überhaupt nichts von dem Wunsche Clemenceaus nach Annexion des Saarlandes wissen. Aber feiner Clemenceau auf halbem Wege entgegen, lösten das Saarland vom deutschen Reichsgebiet ab, stellten es unter die Verwaltung des Völkerbunds und räumten Frankreich allerlei Rechte und Befugnisse dort ein.

Zu den allerwichtigsten dieser Eingriffe zählt die Auslieferung der Kohlengruben. „Als Ersatz für die Verfühlung der Kohlengruben in Nordfrankreich“ muß nach Art. 45 des V. B. Deutschland an Frankreich „vollständige und unbeschränkte Eigentum an den Kohlengruben im Saargebiet abtreten. Das Eigentum geht frei von allen Schulden und Lasten sowie mit dem ausschließlichen Ausbeutungsrecht über.“

Ganz auf gleiche Stufe ist nun die seit 10. Januar erfolgte Einverleibung des Saarbezugs in das französische Zollgebiet zu stellen. Der Weg zu jedem politischen Ziel führt über die Wirtschaft. Bekanntlich ist der Deutsche Zollverein der wirksamste Dränger zur deutschen Einheit gewesen. Und wenn wir morgen mit Deutschland geeinigt werden wollen, so muß dieses vorher uns wirtschaftlich und zollpolitisch angeschlossen werden.

Genau so rechnen die Franzosen heute mit dem Saargebiet. Sie hoffen durch den nun erfolgten Zollanschlus die Saarbewohner bald so innig mit Frankreich zu verschmelzen, daß die Abstimmung 1935 für Frankreich günstig ausfallen werde. Die Franzosierung des Schulwesens, der Umlauf französischer Geldes, eigene Saarwährung und dergleichen französischen Uebergriffe und Kunststücke sind schlimm. Schlimmer aber der Zollanschlus, vollends wenn er, wie vielfach gefürchtet wird, zur Verkümmern der Saarindustrie und Verarmung der Saarbevölkerung führen sollte. Umso mehr gilt es, das geistige Band zwischen uns und unseren so schwer gefährdeten Brüdern fester zu knüpfen. Das Saargebiet muß unter allen Umständen deutsch bleiben.

W. H.

## Die Finanzministerkonferenz

Berlin, 5. Febr. In der gestrigen Besprechung der deutschen Finanzminister sprach sich zunächst Reichsfinanzminister von Schlieffen über die Dentschrift zur Finanzreform aus. Danach soll den Einzelstaaten aus der Einkommens-, Körperschafts-, Umlauf und Kennzettelsteuer ein Betrag von etwa 1875 Millionen Mark zur Verfügung stehen, neben etwa 3000 Millionen eigenen Steuern der Länder und Gemeinden, und ferner 650 Millionen Ueberflüsse der Betriebsverwaltungen. Für den Bedarf der Einzelstaaten sei ein Spielraum bis zu 145, für den Gemeindebedarf bis zu 150 Prozent über dem Zuschußbedarf von 1914 vorgesehen, was eine beträchtlich höhere Veranschlagung sei, als es

## Tagesspiegel

Der englische und der französische Gesandte teilten dem griechischen Ministerpräsidenten Michalakopoulos mit, daß ihre Regierungen vor allem Wert darauf legen, daß der Frieden im nahen Osten gewahrt werde.

Der amerikanische Senat hat die Marinevorlage mit dem Zusatz, daß eine Flottenabrüstungskonferenz einberufen werden solle, angenommen.

einer den gegebenen Verhältnissen sich anpassenden öffentlichen Haushaltsführungen entspräche. Zahlreiche Gemeinden entfallen einen Aufwand, der mit der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftslage nicht in Einklang zu bringen sei und den berechtigten Unwillen der Wirtschaftskreise erzeuge. Es erscheine angebracht, daß die Länder und Gemeinden an der Einkommens- und Körperschaftsteuer mit 66,67 Prozent und an der Umlaufsteuer mit 30 Prozent beteiligt werden. Die Umlaufsteuer sei in unserer kapitalarmen Wirtschaft noch auf lange Zeit unentbehrlich. Das Zuschlagsrecht sei ein Bedürfnis. Die Reichsregierung habe sich mit dem Finanzausgleich noch nicht befaßt. Die Stellungnahme sei vorläufig eine rein persönliche des Reichsfinanzministers.

Darauf wurde eine Entscheidung der Finanzminister verlesen:

1. Der bisherige Finanzausgleich sei einseitig zugunsten des Reichs ausgeschlagen; die vorgeschlagene Neuregelung bringe eine unerträgliche finanzielle Verschlechterung für die Länder und Gemeinden, sie müsse daher die volle Rückgabe der Einkommens- und Körperschaftsteuer samt den Steuern vom Kapitalertrag verlangen. Die Mehrzahl der Länder fordere die Rückgabe. Solange das Reich diese Steuern verwalte, solle es eine Verwaltungsentschädigung von 4 Prozent des Steuerertrags erhalten.

2. Für die Uebergangszeit solle ein zentrales Verteilungssystem beibehalten werden. Der Reichsanteil an den beiden Einkommens- und Körperschaftsteuern soll sich vom 1. April 1925 an auf 4 Prozent ermäßigen.

3. Zur Deckung ihrer Fehlbeträge verlangen die Länder und Gemeinden ab 1. April eine Erhöhung ihres Anteils an der Umlaufsteuer über 20 Prozent hinaus, und es sollen ihnen die Einnahmen des Rechnungsjahres 1924 aus Reichszuschüssen, insbesondere für die Schutzpolizei, mindestens in bisheriger Höhe erhalten bleiben oder durch weitere Steuerquellen ersetzt werden.

4. Das Reich soll sich für das Rechnungsjahr 1925 auf eine Uebergangsregelung der Einkommens- und Körperschaftsteuer beschränken.

5. Soweit die Länder an dem Ertrag der Reichssteuern beteiligt sind, müsse gewährleistet werden, daß ein Ersatz oder eine Änderung der Steuererträge nicht ohne Zustimmung des Reichsrats erfolgt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, in absehbarer Zeit sei an die Rückgabe der beiden Steuern an die Länder nicht zu denken. Die Fragen der Aufwertung, der Steuerreform und des Finanzausgleichs hängen eng zusammen. Nach eingehender Beratung wurde die Einsetzung eines vorbereitenden Ausschusses beschlossen, der aus den Landesvertretern im Steuerauschuß des Reichsrats besteht. Der Ausschus wird am nächsten Dienstag seine Arbeit beginnen.

## Der Barmatfandale

Berlin, 5. Febr. Der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtags lehnte die Vernehmung des Abg. Heilmann (Soz.) fort. Auf eine Frage des Abg. Stoff (Komm.) gibt Heilmann an, der Abg. Wels (Soz.) habe Barmat im Jahr 1924 von Berlin mit einem Privatbrief an den damaligen Ministerpräsidenten Mac Donald nach England geschickt, um Barmat in englischen Kreisen einzuführen. Auch der Reichspostminister Höffe habe Barmat einen Auftrag gegeben mit der Regierung Mac Donalds über eine „Änderung des Postabrechnungsverfahrens“ zu verhandeln. Barmat habe auch erreicht, daß die Barmat-Merkurbank für den deutsch-englischen Postverkehr zugelassen wurde. Natürlich habe Barmat als Kaufmann stets auch seine geschäftlichen Ziele im Auge gehabt. Barmat habe dauernd in persönlichem Verkehr mit dem Reichspostminister gestanden und von Dr. Höffe den unmittelbaren Auftrag zu Verhandlungen gehabt. Der Abg. Könen (damals noch Unabh.) habe mit Barmat über Verbindungen mit Russland verhandelt. Auf die Frage des Abg. Deereberg, welche Summen die Sozialdemokratische Partei erhalten habe, erwiderte Heilmann, für die Wahlen am 7. Dezember 1924 habe Barmat 20 000 Mark gegeben, für das Köpenicker Blatt 15 000 Mark und sonst verschiedene Beiträge, zusammen seien es etwa 50 000 Mark. Von einer Verbindung Barmats mit dem „Reichsbanner Schwarzrotgold“ sei ihm nichts bekannt. Der frühere Reichskanzler Bauer habe häufig mit Barmat über Geschäfte gesprochen.

Der Sohn Eberts sei Direktor der Bremer Bank Barmats gewesen. Sozialdemokratische Betriebe seien an Barmatgeschäften nicht beteiligt gewesen außer dem Leipziger Konsumverein und der Gewerkschaftsbank, die Barmat einen Kredit von 300 000 Mark gegeben habe. Mit Firmen in Leipzig und Elberfeld habe Barmat Prozesse gehabt, weil er den Firmen mit Bezugnahme auf seine guten Beziehungen zum Reichspräsidenten und zum Reichswirtschaftsminister Schmidt Einfuhrgenehmigungen versprochen, dann aber nicht verschafft habe. Abg. Schwering (Zentr.) führt an, daß Heilmann von Barmat 200 Stück wertbeständige Kotsanleihen erhalten habe.

Der hierauf als Zeuge vernommene Ministerialdirektor Frank gibt an, es sei bei der Landespolizei eine große Zahl von Anzeigen und Beschlüssen eingegangen, daß Barmat in großem Ausmaß Einfuhrbewilligungen erhalte, während sie anderen verweigert werden.

## Weitere Enthüllungen

Die „Berliner Börsenzeitung“ veröffentlicht neue Beschuldigungen gegen eine Reihe politischer Persönlichkeiten und ihre Familien, die so schwer sind, daß sie im einzelnen nicht wiedergegeben werden können, bevor die Untersuchung eine Bestätigung ergeben hat. Andeutungsweise ist nur mitzuteilen, daß Barmat aus der Kasse der „Amerima“ persönliche Geschenke bis zu 60 000 Goldmark ausgestreut und für ganze Familien den Aufenthalt in Sommerbädern bezahlt hat. Außerdem wurden „Liebesgabenpakete“ in großer Zahl verschickt, wofür Dankschreiben vorliegen sollen. Andere Geschenke, wie kostbare Porzellangegenstände und dergl. sollen ebenfalls in großer Zahl ausgeteilt worden sein. Barmat habe auch einen Abgeordneten zu einer Urkundenfälschung verleitet oder zu verleiten versucht.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstags wies Abg. Pflieger (Zentr.) darauf hin, daß die Gerichtsbehörden die Untersuchungstätigkeit des Reichstagsausschusses beanstanden, solange die gerichtliche Untersuchung noch schwebt. Er halte die parlamentarische Untersuchung für unvereinbar mit dem gerichtlichen Verfahren. Der Ausschus beschloß am Samstag noch eine Sitzung abzuhalten und das preussische Justizministerium um die Abwendung eines Vertreters in diese Sitzung zu ersuchen, der die Gründe darlegen soll, die für Einstellung der parlamentarischen Untersuchung sprechen.

## Neue Nachrichten

### Braun lehnt ab

Berlin, 5. Febr. Der neu gewählte preussische Ministerpräsident Braun (Soz.) hat dem Präsidenten des Landtags mitgeteilt, daß er die Wahl nicht annehme. — Der Verzicht ist auf die Unmöglichkeit einer Kabinettsbildung zurückzuführen, nachdem die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei auf ihrer Weigerung verbarri hatten, einem Kabinett unter sozialistischer Führung beizutreten oder es zu unterstützen. Von sozialdemokratischer Seite war verlangt worden, daß mindestens Seering Innenminister bleibe.

Der Landeshauptmann der Rheinprovinz, Dr. Horion (Ztr.) ist gestern in Berlin eingetroffen. Er wird als Ministerpräsident in Frage kommen.

### Die Aufwertung

Berlin, 5. Febr. Da die deutschnationale Reichstagsfraktion daran festhält, daß die Rechtsansprüche der Gläubiger besonders den öffentlichen Anleihen gegenüber im Rahmen des Möglichen gewahrt werden, finden zurzeit zwischen der Reichsregierung und den Parteien Verhandlungen über die Ausgestaltung der Besetzungswürfe statt, die von der Regierung für die nächste Zeit angekündigt worden sind. Man ist sich klar darüber, daß sich im einzelnen bei der Durchführung Schwierigkeiten ergeben werden, die vor allem auf die Ausbeutung durch die Fremdherrschaft und ihre Folgen zurückzuführen sind.

### Verurteilung Kroners

Berlin, 5. Febr. Die Strafkammer verurteilte den Landgerichtsdirektor Kroner-Berlin wegen schwerer Beleidigung des Landgerichtsdirektors Bewersdorff-Magdeburg, den Vorsitzenden im Ebert-Rothardt-Prozess, zu 3000 M Geldstrafe bzw. 50 Tagen Gefängnis. Bewersdorff wurde die Befugnis zuerkannt, das Urteil in der Postzeitung, in der Deutschen Richterzeitung und in der Magdeburger Ztg. zu veröffentlichen. Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

### Die Ruhrerjahrstiftungen deutsche Angelegenheiten

Paris, 5. Febr. Der Berliner Berichterstatter des „New York Herald“ erhielt im Büro des Generalagenten Gilbert auf Anfrage die Auskunft, die Erfolgeleistungen des Reichs an die Ruhrindustriellen für deren Zwanagslieferungen an



Die Ingenieurkommission sei eine innere deutsche Angelegenheit. Solange Deutschland seine Dameszahlungen pünktlich leistet wie bisher, habe der Generalagent sich nicht darum zu kümmern, wie es seine Ueberflüsse verwende.

#### Die Handelsvertragsverhandlungen

Paris, 5. Febr. Staatssekretär Trendelenburg hatte heute mit dem Handelsminister Raynaldy eine Unterredung. Nachmittags traten die deutsche und die französische Delegation zusammen. Die Blätter sind unzufrieden, daß die Deutschen einen Zwischenzustand nur unter der Voraussetzung zustimmen wollen, wenn gleichzeitig Vereinbarungen für den endgültigen Handelsvertrag getroffen werden. Die bürgerlichen Parteien verlangen noch höhere Zollsätze als Raynaldy vorgeschlagen hat, während die Sozialisten mit Rücksicht auf ihre Wähler für Ermäßigung eintreten. Die „Journée Industrielle“ schreibt, die französische Industrie habe an dem Zustandekommen eines Vertrags nur ein geringes Interesse.

#### Die unzufriedene Entschädigungskommission

Paris, 5. Febr. Im „Matin“ wird eine anscheinend von beteiligter Seite kommende Klage veröffentlicht, daß die Ersparnisse, die die Entschädigungskommission sich auferlegt habe, von der Dameskommission verschlungen werden. Vom September 1925 an sei die Pariser Entschädigungskommission auf einen deutschen Zuschuß von 3,8 Millionen Goldmark beschränkt, während sie bisher 7,5 Millionen Goldmark verbraucht habe. Die Ersparnisse werden den Herren der Dameskommission in Berlin zugute kommen. Der Generalagent Parker Gilbert erhalte z. B. 950 000 Franken, der Kommissar für die Ausgabebank 418 000 Franken, der Verwalter der Steuern und Monopole, der Engländer Mac Fadyean 352 000 Franken, der Eisenbahnkommissar Le Verge (Franzose) 440 000 Franken. Dazu kommen die Einkünfte der verschiedenen Mitglieder des Ueberweisungsamtes.

#### Die französisch-belgischen Verhandlungen

Paris, 5. Febr. Handelsminister Raynaldy hat für die neuen Handelsvertragsverhandlungen mit Belgien eine andere Vorlage aufgestellt. Die erste, die nur für 21 belgische Artikel Zollermäßigungen vorsah, war von der belgischen Kammer entrüftet abgelehnt worden. Der jetzige Entwurf erhöht die Warenzahl erheblich.

#### Die Ausfuhrabgabe

London, 5. Febr. Generalagent Parker Gilbert wird mit dem britisch. Schahamit und verschiedenen Banken die Regelung der Zahlungsweise der 26prozentigen Ausfuhrabgabe besprechen. Die britische Regierung soll nach dem „Daily Telegraph“ Zahlungen in gewissen Zeitschnitten nicht abgeneigt sein, aber man könne nicht erwarten, daß England Zahlungen in Mark annehme.

Gilbert wohnte heute einem Abschiedessen für den bisherigen Botschafter Kellogg bei.

#### Coolidge läßt abtasten

Washington, 5. Febr. Der Industrielle Frank Stearns, ein naher Freund des Präsidenten Coolidge, wird demnächst Europa besuchen, um, wie vermutet wird, Coolidge über die Aussichten einer Abrüstungskonferenz berichten zu können.

#### Neue ägyptische Gesandtschaften

Kairo, 5. Febr. Die ägyptische Regierung hat beschlossen, fünf neue Gesandtschaften in Berlin, Brüssel, Madrid, Frankreich und Athen zu errichten. Die betreffenden Gesandten sind bereits ernannt. Der bisherige Gesandte in Washington, Seifoullah Dousef Pascha, wurde zum Gesandten in Berlin ernannt.

### Deutscher Reichstag

Berlin, 5. Februar.

Schluß der 14. Sitzung vom 4. Februar. Vor schwach besetztem Haus gibt Reichsarbeitsminister Dr. Brauns einen Ueberblick über die Tätigkeit seines Amtes. Nach Verabschiedung des Unfallversicherungsgesetzes werde man überall wieder die Friedensleistungen erreicht haben. Die Reichsregierung werde eine planmäßige und zusammenfassende Gestaltung der Sozialversicherung nicht aus den Augen verlieren. Der Minister spricht sich für eine baldige, endgültige Schaffung der Arbeitslosenversicherung aus.

### Der Karnickelbaron

Humoristischer Roman von Fritz Gänker

„Wenn Sie das wollten, Herr Amtsrichter!“ dankte die Engelwirtin erfreut und ging leichtfüßiger als vorher beim Kommen nach der Küche zurück, um den Braten zu tranchieren.

Rattenbusch riet nach ihrem Sichentfernen davon ab, den Kuppler zu machen. „Lassen Sie doch heiraten, was sich heiraten will, Herr Amtsrichter. Sie als alter geschworener Junggeselle werden sich doch nicht mit Liebesgeschichten abgeben. Was verstehen Sie übrigens davon!“

„Mehr als Sie denken, Herr Hauptmann. Und der Ernst und seine hübsche Braut tun mir leid.“

„Ra, dann man zu!“ bemerkte Rattenbusch bissig. „Schließlich gefällt Ihnen die Sache so gut daß Sie's selbst versuchen.“

„Und wenn das gar nicht mehr nötig wäre?“

„Also doch Felizitas Feigenblatt zum Opfer gefallen? Ich gratuliere!“

„Danke, danke!“ lachte Eberty, beunruhigt zu dem Affessor hinübersehend, der offenbar das Gespräch der beiden nicht verfolgt hatte; denn er starrte verloren auf seine Suppe und schien sich mit ihrem heute besonders stark ausgeprägten Stolz nicht abfinden zu können. In Wirklichkeit dachte er an seine wenig aussichtsreiche Liebe.

Das Mahl verlief ziemlich schweigsam, und Rattenbusch empfahl sich nachher sofort. Er war arg verkürrt. Eberty begrüßte sein Gehen dankbar. Er hatte nun Gelegenheit, Bronau von seiner Unterredung mit Vore und von der beabsichtigten gewaltsamen Verlobung Mitteilung zu machen.

Der Affessor empörte sich über den Krachwitzer und gab seinem Unwillen in ziemlich derben Wendungen Ausdruck. Daß er nun zur Jagd gehen und sich mit Vore ins Einvernehmen setzen würde, war natürlich selbstverständlich. Er war schon hork beim Pläneschmieden.

Ehe Eberty nach seiner Wohnung ging, suchte er Kreyenbühl auf, der noch stöhnend im Bett lag und seinen Besucher mißtrauisch empfing. Als er dann gar erst den Zweck des Kommens erfuhr, neigte sich seine Stimmung einem bedenklichen Unwillen zu. Er wolle von der ganzen Geschichte kein Wort mehr hören, sagte er, und es würde partout nichts aus dieser Heirat.

Die Leistungen der Erwerbslosenfürsorge hätten sich seit Jahresfrist um rund 100 Prozent gehoben. Die Rettung der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik erblickt die Reichsregierung keineswegs in verlängerter Arbeitszeit und in verkürzten Löhnen. Die Verlängerung der Arbeitszeit war nur ein Heilmittel in der Not. Vollständig falsch sei die Behauptung, daß Anweisungen zur Niedrighaltung der Löhne gegeben worden seien. Zu begrüßen wäre es, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer eigene private Schlichtungsstellen schaffen würden. Voraussetzung dafür sei aber eine wahre Arbeitsgemeinschaft. Gegen ungesunde Preisentwicklung sei das Arbeitsministerium stets eingeschritten.

Die heutige 15. Sitzung wurde 1.20 Uhr eröffnet. Zur ersten Lesung steht ein Gesetzentwurf der Regierungsparteien, wonach in Rechtsstreitigkeiten für die Aufwertung von Vermögensanlagen und Ansprüchen die Verhandlung vor Gerichten und Aufwertungsstellen auf Antrag des Gläubigers einstweilen ausgesetzt werden kann.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.) empfahl die Vorlage zu rascher Annahme, damit endlich Beruhigung geschaffen werde.

Abg. Keil (Soz.): Der Aufwertungsausschuß sei mit einer Flut von Anträgen bedacht worden. Seine Fraktion werde den deutschnationalen Antrag auf Aufhebung der 3. Steuernotverordnung bei dieser Vorlage wieder einbringen. Die Vertreter der deutschnational gerichteten thüringischen und mecklenburgischen Regierung hätten sich im Reichsrat gegen jede Erhöhung der Aufwertungsgehalte ausgesprochen. Der Redner beantragt, daß der vorliegende Gesetzentwurf spätestens am 30. April d. J. wieder außer Kraft träte.

Abg. Hampe (Wirtsch. Vgg.) begrüßt es, daß durch den Entwurf der Stein der Hypothekenaufwertung ins Rollen gekommen sei.

Abg. Freiherr von Richthofen (Dem.) beantragt die in dem Gesetzentwurf enthaltene Kann-Vorschrift in eine Muß-Vorschrift umzuwandeln.

Reichsjustizminister Dr. Frenken teilt mit, das endgültige Aufwertungsgehalt werde in drei Wochen den gesetzgebenden Körperschaften zugehen.

Abg. Dr. Schetter (Z.) wendet sich dagegen, daß in die Aufwertungsfrage politische Momente hineingetragen werden.

Abg. Seiffert (Nat. Soz.) erklärt sich für den Gesetzentwurf, damit endlich einmal eine gewisse Rechtssicherheit eintrete.

Abg. Dr. Steiniger (Dntk.): Es handle sich hier nicht um eine Frage der Parteipolitik, sondern nur um eine Frage der Gerechtigkeit und Billigkeit. Die Deutschnationalen wollen die Regierung in der Aufwertungsfrage unter Druck halten, gerade im Hinblick auf den Gegenruck der wirtschaftlichen Spitzenverbände. Auf den Wahlkampf wolle er nicht eingehen, aber die deutschnationalen Anhänger wüßten genau, daß sie etwas Positives zu erwarten hätten. Seine Fraktion werde für den demokratischen Antrag auf Umwandlung in eine Muß-Vorschrift stimmen.

Abg. Ströbel (Soz.) fordert, daß die Deutschnationalen mit ihren Vorschlägen herauskommen.

Damit ist die erste Beratung erledigt. In der zweiten Beratung wird der sozialdemokratische Antrag, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember aufzuheben, mit 235 gegen 144 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Der Gesetzentwurf wird angenommen mit der Umwandlung in eine Muß-Vorschrift. Angenommen wird auch die Befristung des Gesetzes bis zum 30. April ds. Js. Der Gesetzentwurf wird dann in 3. Lesung und in der Schlußabstimmung einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr.

### Württemberg

Stuttgart, 5. Februar. Vom Landtag. Wie wir hören, wird als Nachfolger des nach Breslau berufenen Universitätsprofessors Dr. Baur (Ztr.) Landwirt Keller aus Bergaireute, Olt. Waldsee, in den Württ. Landtag eintreten.

Stuttgart, 5. Febr. Aenderung des Besoldungs-gesetzes. Das Staatsministerium hat dieser Tage den Entwurf einer 13. Aenderung des Besoldungsgesetzes für Württemberg festgestellt, der dem Landtag demnächst zugehen wird.

Zum Katholikentag. Die Vorbereitungen zum Katholikentag

tag wird am 15. Februar ein Festgottesdienst in der Marienkirche einleiten.

Lohnbewegung im Feisergewerbe. In einer stark besuchten Versammlung der Arbeitnehmer wurde Stellung zur Ablehnung des Vergleichsvorschlags des Landesrichters durch die Feisur-Zwangsinnung und zu der Ablehnung des Antrags auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs genommen. Es wurde hiegegen scharfer Einspruch erhoben und eine neue Lohnforderung mit Abschaffung des Trintgelds gestellt.

#### Aus dem Lande

Heilbronn, 5. Febr. Vermorfene Berufung. In der Strafsache gegen den Rechtsanwalt Julius Heckelmann wegen Beleidigung des Offizierskorps hat das Oberlandesgericht Stuttgart die Berufung des Angeklagten kostenpflichtig zurückgewiesen, so daß es bei der von der Strafkammer des Landgerichts Heilbronn ausgesprochenen Geldstrafe von 2000 M und bei der Aufzersetzung der Kosten in allen drei Instanzen sein Bewenden hat.

Bödingen, Olt. Heilbronn, 5. Febr. Ladendiebin. Hier wurde eine Ladendiebin verhaftet, die im Konsumverein und anderen Geschäften größere Diebstähle verübt hat.

Weinsberg, 5. Febr. Mißgeschick. Ein Postbeamter gab aus Versehen auf einen 100 Billionen- statt auf einen 50 Billionenschein heraus. Der Beamte ist erlaspflichtig.

Verdingen, Olt. Maulbronn, 5. Febr. Ein alter Brauch. Ein alter Brauch ist heuer wieder aufgelebt: Das „Müllerkuchenreiten“. Der Besitzer der „Oberen Mühle“ muß alljährlich an Lichtmess vier Bauern- und zwei Herrenkuchen (große weiße Laibe) aus bestem Weismehl liefern. Nachdem die Bauernburschen von den Herren (Ortsgeistlicher und Oberförster) die Erlaubnis eingeholt haben, daß sie auf die Herrenkuchen „reiten“ dürfen, ziehen sie zu Pferd, jeder den Kuchen unter dem Arm, festlich geschmückt, unter Musikbegleitung durch den Ort. Abends wird bei gutem „Verdingen“ der Kuchen in lustiger Gesellschaft verzehrt.

Tübingen, 5. Febr. Versüßter Totschlag. Das Schwurgericht hat den Flaschner Jakob Schöfer von Pfullingen wegen versüßten Totschlags zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach der Rückkehr aus einem Ferien-erholungsheim griff er seine Frau mit einem Messer an und brachte ihr einen Stich in den Rücken und einen Schnitt in den Hals bei.

Reußlingen, 5. Febr. Der Steinbruchplan am Schömberg abgelehnt. Der Gemeinderat Pfullingen hat den Steinbruchplan am Schömberg, nachdem auch schon die Bauabteilung einen ablehnenden Standpunkt eingenommen hatte, grundsätzlich abgelehnt. Der Unternehmer Wilhelm Stäger hat auch seinerseits sein Gesuch zurückgezogen und hat nun neuerdings darum nachgesucht, daß ihm vom Gemeinderat die Erlaubnis für einen Steinbruch am Pippentaler Hochberg erteilt wird. Mit diesem Plan hat sich auch das Württ. Landesamt für Denkmalspflege bereits einverstanden erklärt.

Schwenningen, 5. Febr. Aufhören einer Zeitung. Mit dem 31. Januar hat die kommunistische Arbeiterzeitung nach neunmonatigem Erscheinen ihr Erscheinen eingestellt.

Blaubeuren, 5. Febr. Straßenraub. Wegen Straßenraubs wurde ein 34 Jahre alter Maschinenbeizler festgenommen. Er hat in Gerhausen im „Lamm“ einen Landwirt von Sonderbuch seine Begleitung angetragen und ihm auf dem Wege dorthin die Taschenuhr mit Kette entwendet.

Oberbalzheim, Olt. Laupheim, 5. Febr. Brandfall. Bei dem Söldner und Holzhauer August Höpfer brach auf noch unaufgeklärte Weise Feuer aus, dem das ganze Anwesen zum Opfer fiel.

Dettingen i. Hohenz., 5. Febr. Zusammenlegung von Oberämtern. Hier wurde in einer Versammlung gegen die geplante Zusammenlegung des Oberamts Haigerloch mit dem Oberamt Hechingen scharfer Widerspruch erhoben. Nach langer Aussprache brachte die Verlammlung zum Ausdruck, daß sie die Wiedererrichtung des Oberamts Haigerloch ohne die Erhaltung des Oberamts Gammertingen nicht verlangt; dagegen wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, in Berlin zu verlangen, daß, wenn das Oberamt Gammertingen bestehen bleibe, auch das Oberamt Haigerloch bestehen bleiben müsse.

den Laut ihrer gestüßerten Liebesworte nur noch das süße Säusen eines Nachtigallenmännchens auf. Es sah in der blühenden Fliederhecke und dichtete der Geliebten das jauchzende Hochzeitslied.

11

Fünf Schützen boten sich am übernächsten Morgen bald nach vier Uhr auf den Galgenenden, einem mit Kiefern bestandenen Bolotomplex, die Zeit: der Bardeflower, der Zinnowitzer, der Dramburger, der Affessor und der Hauptmann. Herr von Rattenbusch war eben erst gekommen und hatte wie zu einer Entschuldigung vor sich selbst angeführt, daß er nur kurze Zeit bleiben würde.

Der Jagdherr ließ auf sich warten. Eine halbe Stunde lang fror man nun schon, da der Morgen empfindlich kühl war, und tauschte Vermutungen aus, was der Tag an Ereignissen bringen würde. Sehr lebhaft unterhielt man sich über das ominöse: „Cu. B. w. i. sch!“, ohne eine allseitig befriedigende und einigermaßen glaubhafte Erklärung dafür finden zu können.

Als abermal eine Viertelstunde dahingefahren war, ohne den Erwarteten gebracht zu haben, steigerte sich die Ungeduld und machte sich in unwilligen Äußerungen Luft. Besonders stark war der Zinnowitzer dabei engagiert. Er hatte seinen Widerwillen gegen die ganze „Karrenhauseisere“ noch nicht überwunden und zürnte dem Baron und Herrn von Lettow, weil sie für eine Beteiligung an der Jagd gestimmt hatten.

„Er wird überhaupt nicht kommen und uns hier bis an den jüngsten Tag warten lassen“, sagte er, frierend und zusammengeklumpt hin und her schreitend. Der liegt zu Hause im Bett und lacht sich eins. Was soll denn überhaupt geschossen werden? Karnickel doch sicher nicht, obwohl es endlich Zeit wird, daß das Biesterzeug aus der Welt kommt. Wie die Schafe wimmelt das überall rum! Und wenn wir hier noch lange stehen, werden sie uns die Stiefelspitzen an-nagen.“

Ähnliche Uebertreibungen, nur noch groteskerer Art leistete sich der Bardeflower und erreichte damit wenigstens, daß die übrigen ein paar weniger langweilige Minuten hatten.

Man beschloß endlich, noch eine Viertelstunde zu warten. Würde der Krachwitzer dann nicht gekommen sein, wollte man nach Hause gehen.

(Fortsetzung folgt)

Im Landtag wurde gestern über die zahlreichen Anträge abgestimmt, die zum ersten Kapitel des Haushalts des Arbeits- und Ernährungsministeriums eingebracht worden waren.

Die Annahme des Antrags Andre betr. die Lohn-, Gehalts- und Preispolitik gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten, die Ablehnung des Antrags Roth auf Ratifizierung des Washingtoner Abkommens unter gewissen Vorbehalten, wobei Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen den Antrag, die Rechte, die Deutsche Volkspartei und Demokraten für den Antrag stimmten, was zu dem Juruf „glänzende Koalition“ veranlaßte.

Im übrigen galt die heutige Debatte dem Kapitel 22 (Zentralstelle für die Landwirtschaft). Gleich zu Beginn kam es zu einem Zusammenstoß. Berichterstatter Pflüger (Soz.) wandte sich dagegen, daß zwei Gemeinden für Torfstreu Mittel bekommen haben, die aus dem Kapitel für die Hagelversicherung genommen wurden.

Der Präsident wies den Abgeordneten darauf hin, daß er diese Angelegenheit wohl als Abgeordneter, nicht aber als Berichterstatter vorbringen könne. Als Staatspräsident Bazille dem Berichterstatter gelegentlich zurief: Das ist ja alles Schwindel, gab es einen langanhaltenden Tumult.

In der Nachmittagsitzung wurden nachträglich die Kapitel 32 (Zentralstelle für die Landwirtschaft) und 33 (Landesgefäß) gemäß den Ausschuhentwürfen angenommen.

Staatspräsident Bazille wies eine Kritik des Abg. Mauthe (Dem.) als unbesonnen zurück. Abg. Elias (Dem.) erklärte, daß sich seine Partei die äußerst verletzende Behandlung durch den Minister nicht mehr länger bieten lasse.

handlung durch den Minister nicht mehr länger bieten lasse.

Zu der Sitzung am Donnerstag vormittag nahm, der Landtag einstimmig den Gesetzentwurf über die Bürgschaft des würt. Staats für Darlehen der preussischen Zentralgenossenschaftskasse an die Zentralkasse würt. Genossenschaften in Ulm und den würt. Sparkassen-Giroverband in Stuttgart in Höhe von 10 Millionen RM. zur Weitergabe an den gewerblichen Mittelstand, namentlich an das Handwerk an. Staatsrat Kau teilte mit, daß der Zinsfuß etwa 14 Prozent betragen werde.

Eine längere Aussprache gab es dann in Fortsetzung der Etatberatung zu den Kapiteln 36 (Landesamt für Arbeitsvermittlung) und Kapitel 39 (Erwerbslosenfürsorge). Von 30. Seite wurde ein Antrag gestellt, die Landesgefahrgemeinschaft in der Erwerbslosenfürsorge in der Weise zu gestalten, daß die Höhe der Beiträge für das ganze Land einheitlich festgesetzt wird und die eingehenden Mittel von zentraler Stelle aus verwaltet und gleichmäßig verwendet werden.

Abg. Rath (DZ.) wandte sich dagegen, daß die Unterstützung von der Bedürftigkeit abhängig gemacht werde. Abg. Gengler (Ztr.) setzte sich für die Wiedereinführung einer Kurzarbeiterunterstützung ein, während Abg. Dingler (DZ.) den Standpunkt vertrat, daß diese Kurzarbeiterunterstützung nicht eingeführt werden könne, solange sie im Reich nicht bestehe. Beim Kapitel 57 (Oberversicherungsamt) gab Abg. Pflüger die Arzthonorare mit 35-40 Prozent der Krankentassenausgaben gegenüber 15-20 Prozent vor dem Krieg an und berechnete ein Durchschnittseinkommen der Krankentassenärzte im zweiten und dritten Vierteljahr 1924 auf monatlich 623 bzw. 565 Mark.

Aus der Heimat

Wildbad, 6. Febr. 1925.

See-Kostproben. Von heute mittag 2 Uhr an werden in Grohmann's Delikatessengeschäft Kostproben von dem bekannten Eme-See an jedermann verabreicht.

Erhöhung der Eisenbahnpreise. Zu den am 10. Februar beginnenden Verhandlungen der Reichsbahn mit der Reichsbahngewerkschaft teilt die Verwaltung mit, weitere Lohnforderungen könnten nur bewilligt werden, wenn die Personenspreise um 10 Prozent erhöht würden.

In Neuenbürg fand am Sonntag ein Bezirksmädchentag statt, zu dem über 200 Teilnehmerinnen erschienen waren, auch von Wildbad, Höfen, Birkenfeld, Schwann und Ottenhausen, um von einander zu lernen

und sich in dem zu vertiefen, was dem Leben Gehalt gibt. Auch eine religiöse Theatervorstellung fand statt.

In Grunbach wurde der bei Farrenhalter Rentschler bedienstete Knecht Jakob Reichsteiter von Engelsbrand bei der Abendfütterung an die Wand gedrückt und am Kopfe bis zur Unkenntlichkeit zugerichtet. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die Zahnradbahn nach dem Niederwalddenkmal. Die Stadt Radesheim hat von der aufgelösten Niederwaldbahn-Gesellschaft die Zahnradbahn nach dem Niederwalddenkmal erworben, deren Betrieb bereits im April wieder aufgenommen werden soll.

Schnellheizkessel. Der Ingenieur Bernhard Becker in Kohra bei Weimar hat nach Blätterberichten einen Röhren-dampfkessel erfunden, der dieselbe Leistungsfähigkeit haben soll, wie ein 200mal so großer Kessel bisheriger Art. Bei dem neuen Kessel wird zerstäubtes Wasser in die Röhren gepreßt und im gleichen Augenblick in Dampf verwandelt. Bei Versuchen gelang es, vier Minuten nach Anheizung einen Dampfdruck von 20 Atmosphären zu erzeugen.

Die Ulmenkrankheit macht sich nun auch in Bonn in ganz bedrohlicher Weise geltend. Es besteht die Gefahr, daß die Ulmen ganzer Straßenzüge, mancher Privatgärten und der größte Teil der uralten Ulmen des Hofgartens der Krankheit zum Opfer fallen. Nach den Ermittlungen des städtischen Gartenamts wurden über 200 Bäume von der Krankheit befallen. Keine Straße, an der Ulmen stehen, und keine öffentliche Anlage ist verschont geblieben. Die kranken Baumteile sind im parasitologischen Laboratorium der Universität, dem Professor Gräfin Maria v. Linden vorsteht, untersucht worden. Dabei hat sich ergeben, daß sich überall eine Art von Hefepilzen vorfindet. Es wird vermutet, daß diese Pilze eine Gärung hervorrufen und dadurch die Baumäfte zerstört werden. Wie die Krankheit sich verbreitet und wie sie zu bekämpfen ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Verstiegen eines Wasserfalls. Infolge der anhaltenden Trockenheit ist der Wasserfall von Bad Gastein völlig verschwunden. In seinem oberen Teil sind mehrere kleine warme Quellen zum Vorschein gekommen.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt. Dem heutigen Markt waren zugewiesen: 55 Ochsen, 9 Bullen, 100 Jungbullen, 80 Jungkinder, 49 Kühe, 429 Kälber, 560 Schweine und 78 Schafe, die sämtlich verkauft wurden. Verkauf des Marktes: langsam. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennig:

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes categories like Ochsen, Kühe, Kälber, Schweine, etc.

Bekanntmachung betr. Invalidenversicherung.

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß

- 1) die Quittungskarten für die Invalidenversicherung nicht mehr bei der Allgem. Ortskrankenkasse ausgestellt bezw. umgetauscht werden, sondern bei der Ortsbehörde für die Arbeiter- u. Angestelltenversicherung (Büro im Bergbahngelände) hier. Sie sind spätestens 2 Jahre nach ihrer Ausstellung, auch wenn sie nicht voll geklebt sind, bei der Ortsbehörde zum Umtausch vorzulegen.

- 2) die Arbeitgeber das früher von der Krankenkasse besorgte Geschäft des Markenlebens in die Quittungskarten in selbstverantwortlicher Weise zu besorgen haben.

Die Höhe der vom Arbeitgeber zu flebenden Beitragsmarken richtet sich nach dem Verdienst des Arbeitnehmers (barer Lohn und Sachbezüge — freie Station usw.) und zwar

Table with 3 columns: in Klasse, bei einem Wochenverdienst, ein Wochenbeitrag von. Shows contribution levels for different income classes.

Als Wert für freie Station ist angesehen bei männlichen Versicherten pro Tag 1 M 40 S, bei weiblichen " " " 1 M 20 S.

Beispiel: Ein Dienstmädchen hat 30 M baren Monatslohn und freie Station; der Barlohn beträgt somit 1 M täglich und pro Woche 7 M. Hierzu noch der Wert der freien Station: 7 mal 1 M 20 S = 8 M 40 S; somit Gesamtwochenverdienst 15 M 40 S, und es sind daher Beiträge in Lohnklasse 3 zu 60 S pro Woche zu fleben.

Der Arbeitgeber darf dem Versicherten die Hälfte des Wochenbeitrages am Lohn abziehen.

Die Beitragsmarken müssen mit dem Datum des Sonntags der vergangenen Lohnwoche deutlich lesbar mit Tinte entwertet werden.

Für eine und dieselbe Woche dürfen nicht mehr wie eine Beitragsmarke geklebt werden.

Unpünktliches Kleben der Beitragsmarken hat bei den ab und zu erfolgenden Kontrollen durch den Beamten der Landesversicherungsanstalt neben Nachzahlungen nicht unerhebliche Strafen zur Folge.

Jeder Arbeitnehmer hat sofort bei Antritt einer Beschäftigung seine Quittungskarte seinem Arbeitgeber auszuhandigen und beim Austritt wieder mitzunehmen. Dabei ist dem Versicherten Gelegenheit geboten, sich von der Richtigkeit der geklebten Beitragsmarken selbst zu überzeugen.

In Zweifelsfällen erteilt bereitwilligst Auskunft die Ortsbehörde f. d. Arbeiter- u. Angestelltenversicherung in Wildbad: Guldub.

Linden-Lichtspiele

Samstag abend 1/2 9 Uhr

Sonntag nachmittag 4 Uhr und abends 1/2 9 Uhr

Der verlorene Schuh

Prachtfilm in 5 gewaltigen Akten.

„Fix & Fax als Aftermieter“

Amerikanische Grotoske mit den besten amerik. Komikern

Kinder haben zu der Sonntagnachm.-Vorstell. Zutritt

Samstag, den 14., Sonntag, den 15.

und Montag, den 16. Februar

„NIBELUNGEN“, 1. Teil: „SIEGFRIED“

Ev. Volksbund Wildbad.

Am Sonntag, den 8. Februar 1925, abends 5 Uhr im Saale des „Bahnhofhotels“

Vortrags-Versammlung

Apotheker Bozenhardt-Neuenbürg wird sprechen über:

„Der Landeskirchentag und seine Arbeit.“

Weiter: Besprechung der Kirchengemeinderatswahlen.

Zum Schluß: Lichtbildervorführung: „Goldner Humor v. L. Richter“.

Alle evang. Gemeindeglieder sind eingeladen.

Der Ausschuß: S. A. Dr. Federlin.

Heuschauer-Verkauf.

Im Auftrag des Hotel Klumpp, G. m. b. H. hier, habe ich die soweit noch gut erhaltene

Heuschauer

am unteren Eissee (beim Paulinenhof) zu verkaufen.

Angebote sind bis spätestens Samstag, den 7. ds. M., mittags 12 Uhr, auf meinem Büro abzugeben.

Der Beauftragte:

Ernst Huzenlaub, Architekt, Graf Eberhardbau, Tel. 115.

Ziehung 12. Februar 1925 Haus des Deutschtums-Geld-Lotterie

5033 Geldgewinne Mark

150000 Hauptgewinn: 50000 20000 10000

Lose zu Mark 3 — 3 Lose 14 Mk., 10 Lose 23 Mk. Porto und Liste 35 Pfg. mehr. J. Schweickert, Stuttgart Marktstr. 6 und Königsstr. 1 Postcheckkonto 2055 sowie alle Verkaufsstellen.

Zu haben im Wildbader Tagbl.

Die Regelbahn

ist Donnerstag frei.

Regelfreunde wollen sich melden im

Kühlen Brunnen.

Rohrgefessel

werden mit

1a. Sesselrohr

zum billigsten Preise geflochten bei

Wilhelm Treiber,

Korbmacher.

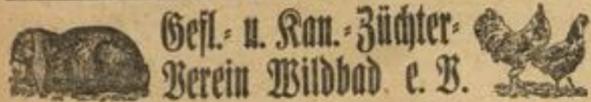


## Konsum- und Sparverein e. G. m. b. H.

Wir laden unsere Mitglieder zu der am Sonntag, den 8. Februar 1925, nachmittags 2 Uhr im Saale des Hotel Weil stattfindenden

### General-Versammlung

höflichst ein. Tagesordnung:  
1. Geschäftsbericht, Genehmigung der Bilanz, Entlastung des Vorstandes.  
2. Revisionsbericht.  
3. Verschmelzung des Vereins mit dem Bezirks-Konsumverein Neuenbürg.  
Der Rechenschaftsbericht liegt zur Einsichtnahme im Büro auf.  
Nur Mitglieder bezw. deren Frauen haben Zutritt.  
Der Aufsichtsrat.



Am Samstag, den 14. Februar, abends 7.30 Uhr, findet im Hotel Sonne unsere jährliche

### General-Versammlung

statt mit folgender Tagesordnung:  
1. Jahresbericht.  
2. Kassenbericht und Haushaltsplan.  
3. Zuchtbeihilfen.  
4. Neuwahlen.  
5. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet der Vorstand.  
Eventuelle Anträge zur General-Versammlung müssen bis spätestens Mittwoch, den 11. Februar schriftlich oder mündlich beim Vorstand eingereicht werden.  
Unseren Mitgliedern sei nochmals zur Kenntnis gebracht, daß sämtliche Geräte wie Tröge, Raufen, Trinkgefäße usw. bei Kassier Hartmann stets am Lager sind.

## Konfirmanden- Anzüge

in  
schwarz, blau, marengo  
und gestreift,  
Preislagen: 28, 30, 32, 34,  
36, 40-50 Mk. und höher  
empfiehlt in großer Auswahl

**ADOLF STERN**  
Kappelberg Tel. 104.

## Kein Extra-Rabatt von 10 Prozent

da in meinen Verkaufspreisen der in letzter Zeit von den Fabriken getätigte wesentliche Ausschlag nicht enthalten ist.

Besichtigen Sie bitte meine Schaufenster und achten Sie auf meine **unübertroffenen Qualitäts-Fabrikate:**  
**Rindleder- u. Sportstiefel** für Kinder u. Erwachsene **Marke „Troco“**  
**Rahmenware** für Damen und Herren **Marke „Spieß“**  
zu billigsten Preisen.

Als besonders günstig offeriere ich einen Posten **Damen-Schnür- u. Spangenschuhe** schwarz u. braun, gute Ware, solange Vorrat zum Einheitspreis von Mk. 8.—

## Schuhhaus Bott :: Inh.: Eug. Gendelmann

Forstamt Calmbach.  
Brennberb- und  
Schichtungholz-Verkauf.  
Am Mittwoch, den 18. Februar 1925, vorm. 9 Uhr in Calmbach (i. d. „Sonne“) aus Staatswald Eiberg Abt. Plattenteich, Steinbruch, Riechenstein und Hinter. Brand. Meistern Abt. Seßling, Aules- teich und Nauenan. Heimen- hard Abt. Bockstall, Scheid- holz, Hut, Calmbach-Meistern Kälbling Abt. Kälblingswiese und Zellerholz. Km. Eichen: 7 Klotz., 2 Anbr. Buchen: 2 Spälter, 82 Schtr. 132 Prgl. u. Klotz. 9 Anbr., Birken: 2 Schtr., übr. Laubh. 6 Anbr., Nadelh.: 1 Spälter, 6 Prgl. 561 Anbr. Weißbuch. 4 Kugel Nadelh.-Roller (gerepelt) 181. 11 H. Kl. Losverzeichnis durch die Forstdirektion G. f. H. Stuttgart.

## Radfahrer-Verein „Schwarzwald“ Wildbad.

Am Sonntag, den 8. Februar 1925, nachmittags 2 Uhr, findet im Vereinslokal zum „Wilden Mann“ die diesjährige ordentliche

### General-Versammlung

statt. Tagesordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht.  
2. Neuwahlen.  
3. Verschiedenes.  
Bollzähliges Erscheinen wird erwartet.  
Der Ausschuß.

## Fußball-Verein Wildbad.

Am Samstag, den 7. Februar, findet im Vereinslokal „Alte Linde“ abends 8 Uhr die ordentliche

### Generalversammlung

statt. Tagesordnung:  
1. Geschäftsbericht;  
2. Kassenbericht;  
3. Festsetzung des Mitgliederbeitrags;  
4. Neuwahlen;  
5. Verschiedenes.  
Zahlreichen Besuch erwartet der Ausschuß.

## Berein für Bienenzucht Ortsgruppe Wildbad.

Am Sonntag, den 8. Februar, nachm. 3 Uhr  
**Zusammenkunft**  
im Gasthaus zur „Silberburg“, betr. gemeinschaftlichem Bezug von Bienengeräten.  
Der Vorstand.

## Deutscher Bauarbeiter-Verein.

Samstag, den 7. Februar 1925 abends 8 Uhr  
**Versammlung**  
im Lokal Gasthaus zur Silberburg.  
Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig  
Der Vorstand.

## Gasthaus zum wilden Mann.

Samstag und Sonntag  
**Mebelsuppe**  
wozu freundlichst einladet  
D. Wurster.

## Freibank.

Samstag früh von 8 Uhr ab ist schönes  
**Ruhfleisch**  
zu haben.

## THALIA-THEATER

im Bahnhof-Hotel WILDBAD im Bahnhof-Hotel

**Schlager-Programm:**  
Samstag, Sonntag, Montag und Dienstag  
je abends 8 Uhr und am  
Sonntag, den 10. Februar, von 2-<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 5 Uhr nachm.

## HARRY HILL, der Herr der Welt

6 aktiger, spannender Abenteuerfilm  
mit HARRY HILL, dem Welmeister-Detektiv.  
Eine gewaltige Sensation!

„Er“ im wilden Westen,  
2 Akte, mit dem besten Lustspiel-Darsteller  
HAROLD LLOYD.

Die Herstellung von Nähmaschinen  
hochinteressanter Industriefilm.

Mäßige Eintrittspreise!

Um meinen Abnehmern entgegen zu kommen,  
gewähre ich noch einige Tage auf sämtliche Waren einen

## Rabatt von 20 Prozent!

Der Rabatt wird nur bei Käufen über Mk. 5.— und sofortiger Bezahlung gewährt. Umtausch ist nicht gestattet.  
Muster und Auswahlen werden nicht abgegeben.

## PAUL RÆUCHLE am Markt, Calw

Manufakturwaren, Aussteuerwaren, Bettbarchente,  
Bettfedern, Schürzen, Wäsche, Trikotwaren

Herrenanzugsstoffe, fertige Herren- und Knabenkleidung,  
Kübler's gestricke Anzüge und Sweaters.